

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilungsgeld mit Wilsdruff der Gew. und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis des Blattes monatlich 20 M., durch unsere Ausdräger gegenbar in der Stadt monatlich 20 M., auf dem Lande 22 M., durch die Post bezogen monatlich 22 M. mit Zustellungsgeld. Alle Postenfallen und Postboten sowie unsere Ausdräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20 M. für die 6 getheilte Kopyspaltel oder deren Raum, Anzeigen, die 2 getheilte Kopyspaltel 20 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsanmeldungen im amtlichen Zeit (nur von Behörden) die 2 getheilte Kopyspaltel 20 M. Zeitungsanmeldung 50 Pfg. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenauftrag erfolgt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Druck: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rößig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 11

Freitag den 13. Januar 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Grumbach.

Sonnabend den 14. Januar 1922 bleibt das Gemeindeamt wegen Reinigung geschlossen.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Grumbach, am 12. Januar 1922.

1000

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In den deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien droht eine kritische Wendung wegen der Liquidation des deutschen Eigentums.

* Der auswärtige Ausschuss des Reichstages wird am Mittwoch über die Ergebnisse von Cannes verhandeln.

* Der Parteitag der U. S. P. D. nahm das vorgeschlagene Manifest einstimmig an. Der Reichstagsfraktion und der Parteileitung wurde das Vertrauen ausgesprochen.

* In Paris herrscht große Erregung über den Verlauf der Konferenz in Cannes. Man spricht von einer englisch-französischen Krise.

* Lloyd George erklärte in einer Unterredung, ein englisch-französisches Bündnis könne nicht in Frage, da es einen unfreundlichen Akt gegenüber Italien bedeuten würde.

* Die Vorkonferenz in Paris hat neue Fristen für die Umstellung der „Deutschen Werke“ bewilligt.

Auf und ab.

Nach dem raschen Anlauf zur Lösung der großen europäischen Fragen, die auf der Welt lasten, zeigt sich in Cannes seit dem Beginn dieser Woche unverkennbar eine rückläufige Bewegung. Nehmen wir zuerst die internationale Wirtschaftskonferenz, die im März in einer der oberitalienischen Städte zusammenzutreten soll. An dem Plan als solchem wird festgehalten, ja, es wird sogar behauptet, daß die wichtigsten Einzelheiten für das gründende Konsortium zum Wiederaufbau Rußlands bereits „endgültig“ festgelegt seien, aber einmal ist mittlerweile wieder zweifelhaft geworden, ob die Konferenz in Genua tagen soll, zumal Schwyzlerin eine außeritalienische Hauptstadt, in erster Reihe London, dafür vorgeschlagen hat. Dann aber erhebt sich, was unglaublich wichtiger ist, in Frankreich starker Widerspruch gegen die sozusagen vorbehaltlose Einladung der Sowjetregierung zu dieser gemeinschaftlichen Tagung der europäischen Regierungen. Man stößt sich daran, daß die Sowjetmänner erst auf der Konferenz veranlaßt werden sollen, sich über die bekannten Vorbedingungen für die Anerkennung der Sowjetregierung durch die europäischen Mächte zu äußern. Man hätte es vielmehr für viel richtiger gehalten, wenn sie erst nach ausdrücklicher Anerkennung jener Bedingungen zur Konferenz zugelassen worden wären. Man weiß, daß sich dahinter ziemlich grundlegende Abweichungen zwischen der englischen und der französischen Denkwelt verbergen, die zwar um eines augenblicklichen Vorteils wegen wohl vorübergehend einmal zurückgedrängt werden können, sich aber in entscheidenden Augenblicken immer wieder einer wirklichen Verständigung über die russische Frage hemmend entgegenwerfen.

Dann die berühmten „vereinigten Staaten von Europa“. Für die ewig reichgläubigen und Hoffnungsstetigen förmlich eine neue Erleuchtung, eine wahre Fundgrube für berauschte Zukunftspantasten vom ewigen Frieden und von Freundschaft unter allen Nationen. Was könnte auch verlockender erscheinen als die Vorstellung, daß England und Frankreich, die stärkste See- und die stärkste Landmacht in Europa, sich für alle Zeiten zur unveränderlichen Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen staatlichen Zustände in der Welt zusammenschließen und das flammende Schwert ihres Bündnisses jedem Friedensstörer, jedem Bedrohungsstörer entgegenhalten! Nicht genug damit, sie sollten sogar auch bereit sein, jeden in ihren Bund mit aufzunehmen, der Anteil an dieser Friedenssicherung zu haben wünschte, so daß sozusagen mit einem Schlage alle Gefahr von den Völkern Europas für immer genommen wäre. Natürlich können solche Siegesgeschichten keinen langen Bestand haben. Das Londoner Kabinett beizte sich, etwas Wasser in den Wein der von Cannes ausgehenden Begeisterung zu mischen und zunächst darauf hinzuweisen, daß schon die gegenwärtige französische Politik allzu vielen Schwankungen unterworfen sei, um die Sicherheit eines solchen Vertrages wirklich gewährleisten zu können. Wer sollte ferner in Zukunft darüber zu entscheiden haben, ob Frankreich, ohne selbst herausgefordert zu haben, angegriffen worden sei? Wenn England wirklich seine ganze Land-, See- und Luftstreitmacht zur Verteidigung der Republik einsetzen soll, dann kann es niemals auf die selbständige Prüfung dieser Haupt- und Kardinalfrage verzichten. Und wie Belgien und etwa auch Italien in den Vertrag einzufügen wären, das zu entscheiden, erfordert eine Weisheit, die den augenblicklichen Nachhabern von Europa schwerlich zur Verfügung steht. Unter der Einwirkung dieser Bedenken scheinen auch bereits in Cannes die Aussichten für die „vereinigten Staaten von Europa“ erheblich zurückgegangen zu sein. Lloyd George und Briand äußern

sich jetzt über den Plan mit einer kühlen Reserve, als wäre er von irgend welchen politischen Motiven und nicht von ihnen selbst ausgegangen, wie man wenigstens bisher, nach den überreichlich sprudelnden Pariser Pressequellen zu urteilen, annehmen mußte. Was von der ganzen Idee schließlich übrig bleiben wird, ist schwer zu sagen; vielleicht nicht mehr als eine interessante Erinnerung an den schönen Badeort an der französischen Riviera.

Welches Schicksal endlich der großen deutschen Delegation in Cannes bereitet wird, steht im Augenblick gleichfalls noch sehr in Frage. Die Herren sind mit echt preussischer Pünktlichkeit am Mittwoch morgen am Konferenzort eingetroffen. Sicher doch in der Hoffnung, nun auch sofort um ihren Rat oder wenigstens um ihre Meinung befragt zu werden. Statt dessen heißt es plötzlich, daß man sie erst am Donnerstag vor die Konferenz bemühen wolle, und die unerwartet eingetretene zehntägige Pause wird mit Erörterungen darüber ausgefüllt, ob man den deutschen Delegierten wieder einmal wie in Versailles und in Spa und in London ein Ultimatum vorlegen solle. Lloyd George und Briand wollen sich mit ihren Ausschüssen und Sachverständigen erst einmal über die „Fragen“ einigen, die den Deutschen zu unterbreiten sind, um dann, ganz nach früheren Mustern, mit blühender Geschwindigkeit die Sache zum Abschluß zu bringen. Wenn dieses Verfahren jetzt abermals beliebt würde, so kann man sich schon ungefähr denken, was dabei herauskommen muß. Die deutsche Regierung ist keineswegs in der Lage, die Bedingungen, unter denen ihr das sogenannte Jahresmoratorium bewilligt werden soll, undesehen anzunehmen. Sie würde, wenn man das von ihr verlangen wollte, abermals erklären müssen, daß ihr unerfüllbare und deswegen unmögliche Leistungen zugemutet würden; was die Entente indessen schwerlich hindern wird, zu tun, wozu sie sich gerade ausgelegt fühlt. Von den in Cannes versammelten Würdenträgern hat sicherlich Lloyd George noch am ehesten einiges Gefühl für die Unmöglichkeit und auch für die Unanständigkeit eines solchen Verfahrens. Ob er aber seinen Widerspruch dagegen bis zum Ende aushalten wird, ist eine andere Frage.

Briands Einseitigkeit.

Die Scharfmacher in Parlament und Presse.

In Paris hat die ordentliche Parlamentsession wieder begonnen. Die Sitzung des Senats wurde durch den Alterspräsidenten Denis mit einer chauvinistischen Ansprache eröffnet, in der er u. a. behauptete, daß Deutschland, anstatt ehrlich seine Kriegsschulden abzutragen, wie Frankreich 1871, sich seinen Verpflichtungen entziehe und alles tue, um seine Regierungen bankrott zu machen. In Frankreich sei durch neue schwere Steuern das Jahresbudget verunsichert und die Eisenbahntarife seien auf das Doppelte erhöht. Deutschland hingegen habe in flagrantester Weise den Versailler Vertrag verletzt und von seinen Steuerzahlern nicht die gleichen Opfer verlangt.

Der gleiche Ton fand sich bei der Eröffnung der Kammer wieder, die Anwalt Beret zum Präsidenten wiederwählte. Hier wies der Alterspräsident Siegfried in seiner Rede ebenfalls auf Deutschland hin und sagte, auch nach der Einschränkung der Ausgaben sei das französische Budget eine schwere Last, aber die französische Finanzlage bessere sich, und, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, könne Frankreich schon heute, ohne neue Lasten für seine Steuerzahler, die sonst unter dem Gewicht der Steuern zusammenbrächen, das Gleichgewicht wiederfinden.

Auch in den Ausschüssen der französischen Kammer macht man sich schwere Sorgen darüber, daß Briand vielleicht von Frankreichs „Rechten“ in Cannes zu viel aufgeben könnte. In Form von Entschleunigungen forderte man die Regierung auf, weder eine neue Herabsetzung an der französischen Schuldforderung noch irgendeine Einschränkung der Wirtsschaften, die Frankreich zugesichert sind, vornehmen zu lassen. General Castelnau hat sich dahin ausgesprochen, daß er unter den gegebenen Umständen erwäge, die Aufhebung des Gesetzes über die Herabsetzung der Dienztzeit zu verlangen.

Die schärfste Gelbe gegen Briand schwingt jedoch der alte Tiger Clemenceau. Sein neues Blatt „L'Echo National“ ist nunmehr erschienen. Im Geleitwort sagt das Blatt, Frankreich sei seit zwei Jahren in den Händen einer Regierung der Abdankung. Aufgabe des Blattes sei es, in Frankreich den Sinn für den Sieg zu wecken und ihn gegen die zu unterstützen, die ihn verbunkeln wollten. André Tardieu sagt in seinem Leitartikel, Briand weiche in Cannes zurück, denn wieder werde durch das, was er abmache, der Vertrag von Versailles gegen Frankreichs Interessen reviviert statt ausgeführt.

Bedenkliches Schweigen.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 11. Januar.

Das Interessanteste an mehreren großen Reden, die in diesen Tagen gehalten wurden, ist verschiedenes, was — nicht gesagt wurde. Da ist es zunächst allgemein aufgefallen, daß der Finanzminister Dr. Hermes in seiner Rede im Steueraussschuß zwar gesagt hat, daß die Regierung keine neuen Steuerpläne mehr habe und auch keine mehr zu sehen wünsche, daß er sich aber über die von links her so stark vertretene Idee der „Erfassung der Goldwerte“ völlig ausgesprochen hat. Ebenso hat er nichts gesagt von der seinerzeit angeregten beschleunigten Erhebung einer weiteren Quote des Reichsnotopfers. Die Gewerkschaften haben nun eine Erklärung veröffentlicht, daß sie mit dieser Stille nicht einverstanden sind. Sie haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage mit stärkerem Nachdruck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Erfassung der Goldwerte eine gemeinsame Kommission eingesetzt.

Schweigen herrscht auch in der Frage der Einigung der sozialistischen Parteien, von der vor dem Parteitag der Unabhängigen so viel die Rede war. Man hat doch vielerlei Schwierigkeiten auf dem Wege zur Einheitspartei entdeckt, und eine der wichtigsten ist die Teilnahme der Mehrheitssozialdemokraten an der Koalitionspolitik, die von den Unabhängigen verworfen wird. Ein Vorkurs des Vorwärts lenkt darum in der Einigungsfrage die Blicke bereits von der Gegenwart in eine fernere Zukunft, indem er sagt: „Kämen die Unabhängigen zu uns, um darüber zu wachen, daß die Grenzen einer sachlich berechtigten Koalitionspolitik nicht überschritten werden, so wären sie ein willkommenes Zuwachs.“ Daß sie es vorziehen, die Rolle des Wächters von außenher zu spielen, ist zu bedauern. Aber das ist nur ein Übergangsstadium, das überwunden werden wird.

Bei weitem verhängnisvoller aber ist das tiefe Schweigen, welches sich in Cannes augenblicklich über die wichtige internationale Frage, oder doch ihren entscheidenden Teil, herabgelassen hat. Von Zahlungsplänen, Bündnissen und Weltkonferenzen war sehr, sehr viel die Rede, aber von den maßgebenden Voraussetzungen für die neu zu bestimmenden deutschen Zahlungen, die England vor der Beratung in Cannes laut verkündete, ist auf einmal nicht mehr die Rede. Der ganze Zweck und Sinn, den die „Herabsetzung“ der deutschen Verpflichtungen haben sollte, bestand doch darin, daß Deutschland wirtschaftlich gesunden, seine Notenpresse stilllegen und seinen Markkurs beseitigen könnte. Jetzt aber hat man Äußerungen aufgestellt, die — ganz abgesehen davon, ob wir sie mit unseren Zahlungen überhaupt erreichen können — jedenfalls die Voraussetzungen des Reformplanes glatt über den Haufen werfen. Der Erfolg so hoher Leistungen, wie sie in Geld und Waren immer noch von uns verlangt werden, kann und muß nur wieder ein weiteres Sinken der Mark und eine weitere Ausgabe von Papiermillarden sein. Der angebliche Zweck ist verfehlt, und auf die Frage, was dann die Konferenz von Cannes und ihre Beschlüsse für einen Sinn behalten, folgt wieder nur das vielfachgeheute Schweigen. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Veto

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Politische Wendung in Oberschlesien.

Nach einer Warschauer Meldung wird die polnische Delegation in Oberschlesien durch Kabinettsbeschluss der Warschauer Regierung angewiesen worden sein, keiner Vereinbarung zuzustimmen, die der polnischen Regierung das Recht nähme, das deutsche Vermögen in Oberschlesien zu liquidieren. Sollte diese Nachricht zutreffen, so würden die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in ein kritisches Stadium treten, denn Deutschland dürfte nicht in der Lage sein, einen Vertrag abzuschließen, der Polen das von ihm beanspruchte Liquidationsrecht einräumt. — In Deutscher trat Reichsminister a. D. Simon ein, der zur Bearbeitung staats- und völkerrechtlicher Fragen in die deutsche Delegation eingetreten ist. Die deutsch-polnischen Vorverhandlungen in Oberschlesien nähern sich im übrigen ihrem Abschluß. In einer Reihe von Fragen konnte eine grundsätzliche Einigung zwischen der deutschen und polnischen Delegation erzielt werden.

Die „Deutschen Werke“ erhalten Umstellungsfrist.

Die Pariser Vorkonferenz hat uns in einer